



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## POLNISCHE SORGEN UM DIE VERFASSUNG DES LANDES

■ VON DER REDAKTION	
Einführung	2
■ ESSAY	
Macht ohne Besinnung	2
Tadeusz Sławek, Kattowitz	
■ GESPRÄCH	
Kaczyńskis Weg nach nirgendwo	6
Mit Paweł Śpiewak spricht Maciej Stasiński (Gazeta Wyborcza), Warschau	
<hr/>	
■ CHRONIK	
15. März 2016 – 4. April 2016	11

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung  
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT



25 Jahre gute  
Nachbarschaft  
25 lat dobrego  
sąsiedztwa



## Einführung

In dieser Ausgabe veröffentlichen wir Beiträge von zwei bekannten polnischen Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlern zu der Verfassungskrise, in der sich Polen derzeit befindet – in des Wortes zweifacher Bedeutung. Die Destruktion der polnischen Verfassungsordnung ist Gegenstand scharfer Analyse und Polemik seitens der Verteidiger einer wirksamen Gewaltenteilung. Polnische Wissenschaftler, politische und gesellschaftliche Akteure und Beobachter, die Anhänger einer offenen Gesellschaft sind ebenso beunruhigt über die Verfassung des politischen Diskurses, die Renaissance des autoritären Denkens und Handelns mit ihren negativen Konsequenzen für den gesellschaftlichen Frieden in Polen. Die Überlegungen der beiden Autoren sind in und für polnische Printmedien erschienen und im Netz abrufbar, also Teil einer publizistischen Auseinandersetzung, die in Polens pluralistischer Medienlandschaft stattfindet. Sie haben ihren eigenen zusätzlichen Reiz dadurch, dass sie den Stil der Auseinandersetzung *à la polonaise* in einem kleinen Ausschnitt wiedergeben und damit der Leserin/dem Leser ein weiteres Fenster öffnen.

## ESSAY

## Macht ohne Besinnung

Tadeusz Sławek, Kattowitz

Was ist das Böse, das über dem polnischen Leben wie eine dunkle Wolke hängt? Oder ist »das Böse« hier nicht ein zu starker Begriff? Aber wie soll man ihn vermeiden, wenn sich in unser öffentliches und privates Denken und den Alltag Angst eingeschlichen hat? Wenn wir nicht in der Lage sind, unsere Beunruhigung zu benennen, zu beschreiben, zu korrigieren, öffnen sich mit Sicherheit die Türen zu dem Bösen. Wer der Angst nicht ins Gesicht sieht, lädt dunkle Kräfte ein. Wer seinen Ängsten nicht Ausdruck verleiht, der wird eines Tages in einer Welt aufwachen, in der die Angst nicht die Störung der Norm ist, sondern selbst zur Norm wird.

Heute empfinden ja viele von uns, uns Bürgern, eine Beunruhigung. Sie resultiert aus dem gewaltsamen Zerfall der Regeln, Prinzipien und Institutionen, die bisher nicht nur im rechtlichen Sinne eine Barriere vor der Beunruhigung darstellten, sondern vor allem aus der von uns gelebten Überzeugung heraus von der sich aus einem anständigen und verständlichen Verfahren ergebenden Ordnung.

Diese Barriere war vielleicht eine »theoretische«, vielleicht eine »weit entfernte«, dennoch stellte sie die letzte Verteidigungslinie eines jeden von uns dar. Es freut mich, dass dies die politische Gruppierung *Gemeinsam (Razem)* verstanden hat, die nach einer Reihe von leichtfertigen Äußerungen zum Thema Verfassungstribunal zugab, dass das, was um diese Institution herum geschieht, eine von der Regierung ausgehende Eskalation einer Krise »um der parteibezogenen Kalkulation

willen« von »dramatischen Konsequenzen für die Autorität des Staates« ist. Mit ihrem Verhalten und ihrer Art und Weise Politik zu betreiben, öffnet die gegenwärtige Regierung dem Bösen Tür und Tor mit schwer vorhersehbaren Folgen.

Der sich verschärfende Konflikt um das Verfassungstribunal und insbesondere die Gestalt, die die ihn begleitende Rhetorik annimmt, zeigt deutlich, dass das, was Adrian Zandberg von *Gemeinsam* in der zitierten Aussage als »parteibezogene Kalkulation« benannte, der offensichtlichste Grund zur Beunruhigung ist. Es geht nicht darum, dass *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* in ihrer Politik der Aneignung von Posten keine Vorgänger gehabt habe, das machten auch die anderen Regierungen; aber nie waren die Art und Weise und das Tempo dieses Prozesses so ungestüm und der Machthunger und die Gier nach Posten so offensichtlich und so zerstörerisch für das Gemeinwesen.

Das Neuartige, das über Nacht von der gegenwärtigen Regierung eingeführt wurde, beruht darauf, dass sie ihr Tun (häufig rechtlich und moralisch zweifelhaft) als unumstößlichen Triumph des Guten darstellt. Der »gute Wandel« kam nicht aus dem Nirgendwo. Er ist die Zusammenfassung der Ideologie, die die Quelle unserer Ängste ist. So, wie die Regierung von *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* und *Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* vollkommen ideologielos war und in der zweiten Wahlperiode schlicht und einfach gedankenlos, haben die

Bürger jetzt nicht nur die »Ideen«, sondern auch die »Denkweise« erhalten, mehr noch, die einzig richtigen »Ideen« und »Denkweise«, und weil man niemals zögern darf, dieselben zu verbreiten, ergibt sich die Eile nächstlicher Beratungen, Abstimmungen und Vereidigungen. Indessen fürchtet die Macht nicht die Dunkelheit. Das Problem liegt darin, dass die gegenwärtig herrschende Macht selbst dunkel ist und eine ebensolche Dunkelheit um sich verbreitet. *PiS* und seine Regierung begehen die ernsteste Zerstörung des Staates seit seiner Gründung im Jahr 1989.

Daraus ergibt sich die erste Lehre: Wenn wir uns berechtigt über eine Politik ohne Vision beklagen, sollte das nicht bedeuten, dass wir, um den Lauf der Dinge umzukehren, diejenigen wählen sollen, die uns mit irgendeiner, sicherlich uns viel versprechenden Vision zu bezaubern versuchen. In der Konsequenz ergibt sich daraus die zweite Lehre: Wir müssen viel Mühe darauf verwenden (auch oder vielleicht sogar vor allem erzieherische), zu lernen, *g e m e i n s a m* über öffentliche Ideen und Tugenden vernünftig (und nicht parteilich) zu sprechen (wer macht das heute?), – um eine Bezauberung durch trügerische Scheinideen zu vermeiden, die nicht selten (siehe Nationalismus) bedrohliche Folgen zeitigen. Das ist die Pflicht aller Lehrer und Erzieher, eine Pflicht, die von unserer heutigen »marktauglichen« und »praxisorientierten« Schule vollständig vernachlässigt wird. Die Aktivitäten von *PiS* zerstören nicht nur den Staat, sondern die Idee selbst, ein Staatsbürger zu sein.

Das ist eine Einladung zum Bösen, versendet im Namen des »guten Wandels«: Für die herrschende Ideologie ist das Ziel des Handelns nicht diese oder jene Idee, die (vielleicht nicht grundlos) als »falsch« erachtet werden könnte, das Ziel ist die rücksichtslose Zerstörung desjenigen, der diesen Zweifel verbreitet. Ich führe das Böse dann in die Welt ein, wenn ich sage: »Du bist der Böse.« Ohne Rücksicht auf irgendetwas, ohne tiefer gehende Begründung und Beweise werden heute die Rollen der Sünder und der Schuldigen verteilt, um das eigene Bild von der Welt zu sanktionieren. Die letzte Schicksalswende Lech Wałęsas [die Beschuldigung, in den 1970er Jahren ein informeller Mitarbeiter des Geheimdienstes gewesen zu sein – d. Red.], der ein Held ist und bleibt, ist ein schmerzhaftes Beispiel dafür. Shakespeare brachte dies prophetisch in »König Lear« zum Ausdruck. [...] Die zweite Lehre: Wenn die ideologische und parteigebundene Räson ins Spiel kommt, kommt es früher oder später zur brutalen Instrumentalisierung der scheinbar »reinen« und »interesselosen« Wahrheit. Je mehr sich die Parteiideologen und -funktionäre bemühen, »in der Wahrheit zu bleiben«, desto größer sollte unsere Angst sein, dass es hier nicht um die Wahrheit geht, sondern um Interessen und Gefälligkeiten auf Bestellung. Hier

wissen wir das Genie Shakespeares zu schätzen: Wir erfahren, dass es dem Herzog von Cornwall im Grunde egal ist, ob die überbrachte Nachricht wahr ist oder nicht. Sie ist ja nur eine Ware auf dem politischen Markt und hat ihren Preis: »Wahrheit oder Lüge, dank dessen wurdest du Graf von Gloucester«, bekennt er Edmund unter Bezeugung seine Dankbarkeit. Niemand hat das Wesen verkommener Politik besser getroffen.

Daraus ergibt sich für uns die dritte Lehre: Wenn sich jemand die Rolle des Souveräns mit unbeschränktem Appetit zuschreibt, der ihm gebietet, sogar die Gestalt dessen, was war, zu verändern (den »neuen« Helden Rollen zu schreiben, ist eine Standardaufgabe der aktuellen Regierung), wird er diese Ambitionen nur verwirklichen können, indem er unermüdlich bei allen um sich herum spaltet und polarisiert. Jean Starobinski, einer der geistigen Väter des modernen Europa, warnt vor der »Einstellung der Unruhestifter, die sich für rein und makellos halten, weil sie anderen die Laster anhängen«.

Wenn das so ist, kommen wir daraufhin zur vierten Lehre: Wir haben die moralische Pflicht, gegen die »Unruhestifter« zu protestieren und ihre Sprache, die diejenigen verunglimpft, die anders denken. Wenn die Abgeordnete Pawłowicz ausruft, dass das Verfassungstribunal »die Menschen betrügt«, Vizeminister Jaki kundtut, dass eine Sitzung des Verfassungstribunals »ein Treffen bei Kaffee und Kuchen« sei, wenn Justizminister (!) Ziobro ausführt, dass sich die Richter versammelten, um zu versuchen, etwas » auf unfähige Art und Weise zu tun«, wenn der Abgeordnete Żalek von denen faselt, die nicht zur Nation gehören, weil sie aus nicht entsprechenden Kreisen stammen, dann darf man das nicht verschweigen. In einem Land, das tatsächlich die Rechte der Bürger respektiert, beleidigen und erniedrigen solche Aussagen alle Bürger (auch oder vielleicht sogar vor allem die, die nach Meinung der Machthaber aus den wahren Traditionen stammen).

Die Einladung zum Bösen trägt auch die Unterschrift der Rache. Die Einwirkung dieser Signatur ist besonders feindselig, weil die Quelle der Rache die Selbstvergessenheit ist, während in der Politik das Prinzip der Besinnung leuchten sollte. Die Besinnung schließt das Gefühl der Verletzung oder der Trauer darüber, was in der Vergangenheit geschah, nicht aus. Gleichzeitig markiert die Besinnung die Grenze, bis zu der ich in bestimmtem Maße meinen eigenen Ressentiments Rechnung tragen darf. Wenn ich sie überschritten habe, werde ich nur noch mir selbst und anderen schaden. Mit der Selbstvergessenheit verhält es sich schlichtweg anders: Die hoffnungslose Verstrickung in sich selbst, in das eigene Ich, aus dem es keinen Ausweg gibt außer dem, dass allen das Bild der Welt als umfassende Erzählung von *m e i n e m L e i d* auferlegt wird, das ich auch zu *e u r e m*

Leid mache. Nicht mehr für eure und unsere Freiheit, sondern für mein und euer Leid.

Deshalb zerstört die Selbstvergessenheit das Gemeinwesen, reduziert es auf die Phantasmen einer Person. Deshalb werden wir uns in Smolensk-Kommissionen und -Unterausschüssen verstricken, es muss ja die Richtigkeit der Phantasmen des Führers nachgewiesen und sein Zorn gerechtfertigt werden. Der Zorn über dem Gesetz und die Stärke als Recht (wir haben schließlich die Mehrheit, also müssen wir auf niemandem Rücksicht nehmen) – das sind die Folgen der Selbstvergessenheit. [...]

Die fünfte Lehre, die sich aus unseren Überlegungen ergibt, wäre folgende: Der Aufruf zur Besinnung ist heute unabdingbar und es bedarf einer großen, langfristigen, gemeinsamen Anstrengung, damit er Wirkung zeitigt. Die Aufgabe staatsbürgerlicher Politik besteht heute also darin, einen Raum zu schaffen, wo die Machthaber zur Besinnung kommen können. Wenn sie nicht wollen, muss man sie dazu zwingen. Die Aktivitäten des *Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD)* geben Anlass zur Hoffnung; anders als die Vertreter der Regierung sagen verwendet es nicht die »Sprache des Hasses«, es ist nicht gegen sie gerichtet, sondern gegen den erschreckenden Machtmissbrauch. Das Vorgehen der Opposition entmutigt, statt der Politik der Besinnung schlagen die *PO* und *Die Moderne (Nowoczesna)* uns Übungen in Selbstvergessenheit vor. Die Aufdeckung von Steuererklärungen sowie von Informationen über bezahlte Urlaube von Regierungsvertretern ist nichts anderes als das, was die Regierung eben erwartet – das schwerfällige Tappen auf einem gut ausgetretenen Weg.

Ist das Böse einmal eingeladen worden, verlässt es seinen Gastherrn nicht gern. Es argumentiert, dass es dies nicht machen kann, weil es selbst zum Hausherrn geworden ist, wenn es einen Raum in Beschlag genommen hat. Die Realität des harten Kampfes um Wählerstimmen berücksichtigend, in dem einander widersprechende Ansichten und Versprechen aufeinandertreffen, stelle ich mir vor, dass grundsätzlich nach der Beendigung einer Wahl und der offiziellen Bekanntgabe der Wahlergebnisse von der Sprache des Kampfes in die Sprache der Einladung umgeschaltet wird. Die auf ihre gute Ordnung und ihren Rechtsfrieden (*pax iustitiae*) achtende Gesellschaft lädt auf der Grundlage ihrer eigenen Entscheidungen eine bestimmte Gruppe von Politikern ein, die Regierungsmacht auszuüben. Nie ist es so, dass alle jene Wahl der Gäste mit Enthusiasmus aufnehmen, aber mit Sicherheit möchten alle die Ordnung, die der Gastfreundschaft eigen ist, achten.

Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, dass dies in Polen eine einseitige Bemühung ist. Wenn

die Regierung mehrmals am Tag wiederholt, dass sie »das Mandat besitzt« (besitzt und nicht hat, wobei »besitzt« allem sofort den Anstrich der Autorität und des Offiziellen verleiht), die Regierungsmacht auszuüben, erweckt sie den falschen Eindruck, dass die ihr gewährte Unterstützung wenn nicht total, so doch jedenfalls ausreichend war, um all diejenigen zu übergehen, die sie nicht unterstützt hatten. Allerdings ist dies – so die Ansicht von Soziologen – eine überaus zahlenstarke Gruppe, sie liegt bei 70 Prozent. [...]

Dies ist die sechste Lektion: Es muss alles, was möglich ist, getan werden, um gemeinsam solche Bedingungen der öffentlichen Dienste herzustellen, dass die Politiker Gäste und nicht Parasiten der Gesellschaft sind. Zurzeit ist deutlich zu sehen, dass die aktuellen Machthaber Besitzerfunktion übernommen haben und auf Schritt und Tritt die Regeln der Gastfreundschaft als Bedingungen eines guten Gemeinwesens brechen, ebenso die Regeln gewöhnlicher Höflichkeit und Anständigkeit.

Die siebte Lehre: Schauen wir auf das Vorgehen der Regierung und finden wir Verbindungen zwischen den einzelnen Entscheidungen. Die Abneigung von *PiS* gegenüber Flüchtlingen ist nur die Verlängerung einer tiefen Abneigung, mit der sie eine hohe Prozentzahl der Bürger des eigenen Landes beschenkt. Wer seinem Nachbarn sagt, er sei ein Bürger zweiter Klasse, wird nicht in der Lage sein, den zu begreifen, zu verstehen und dem zu helfen, der eine andere Sprache spricht und sich zu einem anderen Gott bekennt.

Es herrscht also die Politik der »verriegelten Tore« [...], was eine eigene Form der oben beschriebenen Selbstvergessenheit (in Phobien und Ressentiments) darstellt. Das, was uns die aktuelle Regierung mit ihrer aufdringlichen und archaischen Geschichtspolitik vorstellt, ist im Grunde nichts anderes als eine Re-Vision, die Abwendung von der Zukunft, um aufs Neue das zu öffnen, was vergangen ist. Wir werden also die Lektion der Aufstände und von Smolensk wiederholen und historisch nachgestellte Gruppen marschieren tapfer durch die Wälder auf den Pfaden der verfeimten Soldaten [Begriff für Einheiten, die bis in die 1950er Jahre gegen die kommunistische Macht im Untergrund kämpften – d.Red.]. Bestimmt, um unsere Fehler zu verewigen, insbesondere die blutigen, denn auf Blut – so wird uns eingebleut – gründet sich die Nation.

Die achte Lehre heißt daher kurz: Man muss die Warnung von Marcin Król [poln. Philosoph und Ideenhistoriker, geb. 1944 – d. Red.] in Erinnerung behalten, dass der Nationalismus ein hervorragendes Instrument ist, um Stimmen zu gewinnen. Aber man darf auch nicht vergessen, dass er mühelos Dämonen mobilisiert, die sich dann schwer beherrschen lassen. Diese

Dämonen laufen bereits in Polen um, was zum Beispiel durch eine Aufzeichnung aus einer Straßenbahn in Posen deutlich wurde, als eine Gruppe national aussehender Halbwüchsiger einen Fahrgast beleidigte und ankündigte, dass sie in Kürze die Macht übernehmen würden und es dann erst anfinde. Die Unruhe vor den durch die Majestät von Jasna Góra [nationalistisch-rassistisch aufgeladene Fußballfangruppen lassen sich dort »einsegnen« – d. Red.] geheiligten Nationalisten-Dämonen ist keine ausgedachte Unruhe.

Die entfaltete Begründung dieser These ist die neunte Lehre: Angesichts der verbreiteten Verwendung des Adjektivs »national« ist es unsere Pflicht, Vorsicht bei seinem Gebrauch walten zu lassen. Nicht, um seine Bedeutung in Frage zu stellen, sondern um diese vor der zerstörerischen Inbesitznahme durch eine Partei und einen Denkstil zu retten. So verwendet, beginnt der Begriff ausschließlich zu spalten. Die Fragen, wer oder was die Nation sei, wer sie darstellt, auf welchen Rechten und im Bewusstsein welcher Pflichten, was die über den Nationsbegriff hinausgehenden Fundamente der Gesellschaft seien, sollten im Schulunterricht und in den Universitätsseminaren auftauchen. Sie sind zu wichtig, um sie den Manipulationen der in ihrer ideologischen Gier verantwortungslosen Politiker zu überlassen.

Es heißt, die Moderne entstand aus der Melancholie. Der mit der edlen Herkunft der griechischen Medizin beschenkte Begriff zieht durch die Schriften der Philosophen. Fragen wir nur, ob die aktuell betriebene Politik nicht unter dem Zeichen Saturns steht, dieses uralten Patrons der melancholischen Wesensart. Auch dieser Gott hat seine guten Seiten, immerhin hat er das Patronat über die Landwirtschaft und die Ernte und Sämereien inne. Er kümmert sich um die Geschichte. Aber nachdem er eine bestimmte Grenze überschritten hat, wo Freiheit und Phantasie vergessen werden, wird er mörderisch, kühlt alles mit einem eisigen Blick, der allen die eine verpflichtende Denkweise auferlegt. Der Patron

#### *Über den Autor*

Tadeusz Sławek, Literaturwissenschaftler, Essayist, Lyriker und Übersetzer, ist Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft an der Schlesischen Universität (Uniwersytet Śląski) und Präsidiumsmitglied des Komitees »Polen im Vereinigten Europa« der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Polska Akademia Nauk – PAN). Er ist ständiger Mitarbeiter der katholischen Wochenzeitung »Tygodnik Powszechny« und Träger zahlreicher Auszeichnungen, unter anderem »Lux ex Silesia« (2002) und des Literaturpreises der Solidarność für sein Gesamtwerk (2003).

und Schöpfer der saturnischen Politik (ist das nicht die Rolle Jarosław Kaczyńskis?) ist also ebenso der Mentor und der alte Weise wie die lange Schatten werfende bedrohliche Verkörperung von Komplexen und Phobien, die er so zu ordnen bestrebt ist, dass diese Ordnung ausnahmslos die gesamte Wirklichkeit umfasst. [...] Wenn wir hören, wie immer wieder gar nicht alte PiS-Politiker auf beliebige Fragen Sätze hervorbringen, die die Urteile des Vorsitzenden wiederholen, – beweist das nicht die Allgegenwart des kalten Blicks der negativen Seite Saturns?

Die zehnte und letzte Lehre könnte also so lauten: Lasst uns *gemeinsam* überlegen, das heißt ohne jemanden auszuschließen, wie wir es in die Wege leiten können, dass sich unsere Politik und unser öffentliches Leben geistig verjüngen, wobei wir das Vorbild der positiven alten Weisen (die also nicht mit ihrer Macht lähmen) bewahren wollen, die nicht – wie jetzt – den Menschen das Recht auf selbstständige kritische Reflexion absprechen. So dass sie eine heilsame Distanz sich selbst gegenüber haben, ihrem Ich und den ihm eigenen Forderungen. Jarosław Kaczyński, vergraben in seine Traumata und historische Phantasien, die er dem ganzen Land aufzuerlegen sich bemüht, entbehrt dieser Distanz auf klinische Weise. Doch erst eine solche Distanz eröffnet den Raum, in dem die wohlwollende Aura des Kompromisses und Verständnisses entsteht. Beides sind Phänomene, die uns so notwendig wie die Luft zum Atmen sind. Sogar das Lächeln (heute kraft des eisigen Blicks des Vorsitzenden aus dem Gesicht der Macht getilgt oder durch ein höhnisches Grinsen ersetzt) ist in dieser Aura möglich und nichts Beschämendes.

*Quelle: Wyrocznia bez opamiętania. In: Tygodnik Powszechny Nr. 12 (20.03.2016). S. 28–31, mit freundlicher Genehmigung.*

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

## Kaczyńskis Weg nach nirgendwo

### Sie kämpfen bereits um das Erbe des Vorsitzenden. Zurzeit gewinnt Ziobro

Mit Paweł Śpiewak spricht Maciej Stasiński (Gazeta Wyborcza), Warschau

Maciej Stasiński

*Handelt es sich um eine nationalistische Revolution mit den Requisiten Würde, Ehre, Stolz, Vaterland?*

Paweł Śpiewak

Ich mag so einen Patriotismus nicht. Sehr gefährlich sind die Projekte, für die Beleidigung der Nation Strafen einzuführen, denn sie bedeuten, dass unbequeme Momente in der Geschichte gefälscht werden. Aber die Stärke von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) besteht darin, dass sie den Menschen das verlorene Gefühl der nationalen Gemeinschaft gegeben hat. PiS will, indem sie die »verfeimten Soldaten« [Begriff für Einheiten, die bis in die 1950er Jahre gegen die kommunistische Macht im Untergrund kämpften – d.Red.] ehrt, die Erinnerung an Opfer und Märtyrertum kultiviert, Polen als Subjekt stärken – dass heute wir, wir Polen, selbst über unsere Angelegenheiten entscheiden. Und dass wir dazu ein historisches Recht haben. Der Erfolg dieser Operation zeigt, dass man das Gemeinschaftsgefühl nicht auf Fußballspiele und Schals in den Nationalfarben bauen kann, wie es Donald Tusk getan hat. Das ist noch keine nationale Gemeinschaft...

*Tusk ging zu Fußballspielen, aber Kaczyński schmeichelt sich bei den Fußballhools ein...*

Aber bei den nationalen. Das Problem ist ernster. Die Politik der [Erhöhung des Kindergeldes – d. Red.] »500 Zloty +«, ein in sich zweifelhaftes Projekt, ist ein Zeichen, dass die Regierung beginnt, an die Familie zu denken. Erst PiS hat das ganze so in Angriff genommen, dass die Bürger das Gefühl haben, dass der Staat auf ihr Bedürfnis nach Solidarität und Gemeinschaft reagiert und sie unterstützt.

Jeder hat die gleichen Rechte, aber im Spiel des Marktes verlieren die Schwächeren. Mit den Schulden in der Schweizer Währung [ein Großteil der Wohnungskredite wurde in Schweizer Franken aufgenommen – d. Red.] wurden die Menschen allein gelassen, weil die Banken stärker sind. Der Kredit mit drakonischer Verzinsung verurteilt *de facto* dazu, Leibeigener eines Kreditinstituts zu sein. Warschau hat Ideen, attraktiv für Bauunternehmer zu sein, die den städtischen und sozialen Raum zerstören und keine Ideen für die Bewohner haben, die in ihm leben. Kommunale Wohnungen gibt es nicht und werden nicht geplant. Als Präsident Komorowski im Präsidentenwahlkampf nach einer Perspektive hinsichtlich Arbeiten und Wohnen für junge Menschen gefragt wurde, fiel ihm nichts Besseres ein, als zu sagen: »Wechseln Sie die Arbeit und nehmen Sie einen Kredit auf.«

Wir haben es mit der Krise des individualistischen Modells zu tun. Auch wenn es für sich genommen wertvoll ist, weil es die Quelle der Energie ist, der Überzeugung, dass man im Leben zurechtkommen muss, bedeutet es für viele bittere Ratlosigkeit und Marginalisierung. PiS hat das gespürt und propagiert bewusst ein kollektivistisches, antiliberales Programm.

*Aber das Gefühl einer Gemeinschaft, das sich auf Schlagworte wie Gott, Ehre, Vaterland, Aufstand, Märtyrertum, »verfeimte Soldaten« stützt, ist ein verfälschtes, hohles Bild. Darin gibt es nichts, was hilft, heute besser zu leben.*

Die Schule lehrt keine moderne Gemeinschaft. Die Jugend kennt die jüngste Geschichte und Gesellschaft nicht, und dieses Wissen wird auch nicht in den Familien vermittelt. Und wenn sie etwas über die Gemeinschaft erfährt, dann sind das ideologische Botschaften, zum Beispiel aus nationalistischen Internetportalen.

*Ist das nur eine Maskerade in nationalen Kostümen, die aus dem Schrank gezogen werden, oder eine ernstzunehmende nationalistische Revolution? In anderen europäischen Ländern gewinnen diese Stimmungen auch an Stärke.*

Sogar in Dänemark, das den besten Sozialstaat hat und ein tolerantes Land ist. Während des Krieges haben sie Juden gerettet, aber jetzt führen sie eine Blockade gegen Immigranten ein und die Anti-Immigrations-Partei hat 20 Prozent.

*Aber bei ihnen handelt es sich um materiellen Egoismus und nicht um Nationalismus. Sie wollen ihren Wohlstand nicht teilen.*

Bei uns handelt es sich auch um Egoismus. Das Gefühl des Unrechts, ein Gefühl, dass er uns nun zusteht, wegen [...]Jalta, des Kommunismus, des Runden Tisches... Alle sind Schuld. Die Polen werden als unschuldige Opfer der bösen Geschichte dargestellt. Nur dass es die jungen Leute, auch wenn sie sich mit dem Emblem der »verfeimten Soldaten« tätowieren lassen und durch den Wald laufen, nicht zur Armee zieht. Und sie fühlen nicht, dass ihre natio-

nale Kultur attraktiv ist, weil sie sie nicht kennen und massenhaft ins Ausland gehen, um dort zu arbeiten. Für mich artet dieser oberflächliche, märtyrerhaft-heroische Patriotismus noch nicht massenhaft in bedrohlichen Nationalismus aus, es ist eher eine Maskerade.

Aber in der Tat haben wir echte Faschisten. Wir haben Überfälle auf Menschen mit anderer Hautfarbe, und es fehlt die Reaktion der politischen Institutionen, sogar auf lokaler Ebene. Das ist ein bedrohliches Phänomen und noch bedrohlicher ist die Zustimmung. In Breslau ist ein Lehrer aus der Oberschule geflogen, weil er eine andere Meinung zum Thema der Haltung der Polen gegenüber der Vernichtung der Juden hatte. Ähnlich ist es in der Angelegenheit der Flüchtlinge. Die Kirche, die anfangs eine Meinung zu dieser Frage hatte, ließ sich von *PiS* hineinreden und verstummt. Das ist schrecklich. Die Rede war gerade mal von 7.000 bis 8.000 Flüchtlingen. Ich würde an der Stelle der Flüchtlinge nicht hierher kommen. Wozu? Um sich Streit auszusetzen?

Polen und Griechen definieren sich in Europa am liebsten über ihre nationale Identität. Das sind starke Symbole, die sich sehr langsam verändern. Zirka 70 Prozent der Polen verurteilen Homosexualität. Unsere kulinarische Eigenart hält sich trotz Pasta und Sushi. Unsere aufgeklärte Intelligenz ist schwächlich, unser kulturelles Kapital ist schwach.

Aber viele Menschen leben schon in einer anderen Welt. Es gibt die große internationale Dynamik der Jugend. Den Austausch zwischen Polen und dem Westen. Das verändert die menschlichen Köpfe sehr. Es kommt zu tatsächlichen Veränderungen durch die Menschen, die in der europäischen Kultur leben. Das Gefühl von Freiheit wird für sie zu einem Wert. Die Stimmungen bewegen sich in Wellen. Und wenn sich auch ein gewisses konstantes Niveau des Antisemitismus hält, dann verstärkt sich auch der Anti-Antisemitismus, wie Untersuchungen von Prof. Krzemiński zeigen. Ich denke, auf längere Sicht wird dieser Nationalismus nicht als dominante Strömung erhalten bleiben, denn er hat keine dauerhafte gesellschaftliche Basis mehr.

*Aber er kommt irgendwo her.*

Ich bagatellisiere das nicht. Wir haben katastrophal niedrige Aufwendungen für Kultur, Wissenschaft und Bildung. Die Menschen absolvieren quasi eine akademische Ausbildung, aber häufig an schwachen Hochschulen. Sie sind schrecklich unbelesen in der schöngeistigen Literatur. Es gibt keine Bildungs- und Leseprogramme, Buchhandlungen schließen. Sind wir nicht eine ausreichend wohlhabende Gesellschaft, um ordentliche Kulturzeitschriften zu halten? Bei mir, im Jüdischen Historischen Institut, verdienen hervorragend ausgebildete Leute 2.400 Zloty netto. Ich sprach einmal den Bürgermeister Marcin Świącicki auf die Kulturpolitik an. Er sagte: »Jetzt haben wir die freie Marktwirtschaft und nicht die Kulturpolitik.« Wir werden die Rechnung für die Jahre der Vernachlässigungen, der Gleichgültigkeit und sogar für die Feindschaft gegenüber den Fürsorgefunktionen oder Kultur schaffenden Funktionen des Staates zahlen.

Aus dieser Perspektive ist *Kukiz* gefährlicher als *PiS*. Denn die Niederlage der *PiS*, die die Sprache radikalisiert, ebnet den *Kukiz*-Anhängern den Weg, deren Sprache noch aggressiver werden kann. Kornel Morawiecki und Paweł Kukiz schwatzen primitiven Unsinn, aber drum herum gibt es regelrechte Faschisten, und wir haben sie bereits im Sejm. Wenn Kaczyński Orbán sein will, dann wollen sie Jobbik sein. Eine reale Alternative im nächsten Wahlkampf kann *Kukiz* gegen *PiS* sein und nicht *PiS* gegen *PO*, *Die Moderne (Nowoczesna)* oder noch etwas anderes. *PiS* wächst ein Konkurrent in Sachen negativer Populismus, gegründet ausschließlich auf nationalistischem Hass, heran. Schon jetzt gibt es diesen Hass gegenüber dem IM »Bolek« [Lech Wałęsa wird beschuldigt, unter diesem Namen als informeller Mitarbeiter des Geheimdienstes tätig gewesen zu sein – d. Red.], dem Runden Tisch, der »Gazeta Wyborcza« usw.

*Aber diesen negativen, hasserfüllten Populismus gibt es auch schon in der PiS.*

Ja und nein. Es gibt nicht den einen Antisemitismus. Diese Grenze hat *PiS* nicht überschritten. Bei *PiS* gibt es Nationalisten, es gibt bestimmt auch Antisemiten, aber zurzeit siegt die Disziplin und wird der Antisemitismus nicht angerührt.

*PiS hat nicht auf die Verbrennung einer Juden-Puppe in Breslau reagiert.*

Das stimmt, aber der Antisemitismus schlägt nicht empor. Damit diese Strömung nicht stärker wird, muss man sich darüber im Klaren sein, dass es nach dem, was im Jahr 2015 geschah, und der Regierungsübernahme der *PiS* keine Rückkehr zum Modell des Liberalismus oder Neoliberalismus geben kann, der sich ausschließlich auf die Förderung von Unternehmertum und Individualismus stützt. Das ist zusammengebrochen. Dies ist die gesellschaftlich wichtigere Frage als die, ob *PiS* die Verfassung verletzt. Es ist offensichtlich, dass sie sie verletzt.

Es ist nicht klar, ob der Vize-Ministerpräsident Morawiecki sein Programm umsetzen wird, ich weiß nicht, ob seine Rezepte gut sind, aber die Diagnosen scheinen zuzutreffen. Er spricht von der gesellschaftlichen Entwicklung und nicht nur über das Wirtschaftswachstum. Das ist eine wichtige Veränderung im Denken. *PiS* wird lange 30 bis 40

Prozent Unterstützung haben, es schadet ihr nicht, dass es sich nicht um die Städte und nicht um die Intelligenz handelt. Denn sie baut, unterstützt von Sozialtransfers, eine ideologische gesellschaftliche Vision auf. Sie ist eine Partei der Macht und zeigt ihre Stärke. Das gefällt. Vorher hatten wir die Ideologie des lauwarmen Wassers, es fehlten die soziale Vision und der Wille, die Politik zu verändern, die sich den großen Firmen und Konzernen öffnet, die Polen regierten.

Wenn ich die Partei *Gemeinsam (Razem)* höre, die ich übrigens gewählt habe, obgleich ich ihre sozialen Auffassungen nicht unterstütze, verstehe ich gut, wenn sie sagen, dass sie nicht mit der *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* zusammen gehen wollen. Es kann nicht länger sein, dass wir *PiS* gegen die *PO* austauschen und anschließend die *PO* gegen *PiS*.

*Aber zwischen den beiden besteht ein grundsätzlicher Unterschied...*

Kulturell sind die Leute nicht so verschieden. Sie lassen sich gleichermaßen scheiden, haben Patchwork-Familien, es trinken die einen wie die anderen, sie haben das gleiche im Kopf. Auch in der Übernahme des Staates hat sich die *PO* nicht sonderlich unterschieden, sie hat ebenfalls die Gesellschaften des Staatsschatzes besetzt, wollte auch die ganze Macht...

*Nicht die ganze...*

Gut, darin stimmen wir nicht überein. Ich bin der Meinung, dass sie die ganze wollte, aber sie war vernünftig, hat nicht alle Normen gebrochen, hat sich zurückgehalten... Sie hat keine aufdringliche Propaganda und ideologischen Kreuzzüge zugelassen.

*Das ist ein wesentlicher Unterschied...*

Tusk wollte so sehr Konfrontationen aus dem Weg gehen, dass er ernstzunehmende Reformen vermied, wenn Konflikte drohten. *PiS* ist rücksichtslos, sie zieht mit allen in den Krieg. Sie stößt wie mit einem Rammbock in die ausgedünnte soziale Sphäre. Warum strebt *PiS* einen Zusammenstoß mit dem *Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD)* an? Weil das keine Oppositionspartei ist, sondern eine authentische soziale Bewegung. Die Menschen unterstützen *KOD*, weil sie nicht schon wieder dieselbe Partei-Alternative wählen wollen. Das ist sowohl aufbauend als auch beunruhigend, denn es zeigt, dass es zurzeit keine politische Alternative zu *PiS* gibt. Man kann schlicht und einfach sagen, dass *KOD* den Raum der bestehenden Parteiformationen zerstört. Angesichts der Schlagworte von *KOD* haben die Oppositionsparteien nichts Besonderes zu sagen.

*PiS* zu kritisieren ist in einem gewissen Sinne sehr einfach. Das kann heutzutage jeder. Aber es reicht nicht, *PiS* zu bekämpfen. Was wird in einem, zwei Jahren sein? Was kommt nach *PiS*?

*Hat Kaczyński sich nicht eine Klientel aus dem Reich der einfachen Menschen, der am wenigsten gebildeten herangezogen, die sich in der neuen Gesellschaft nicht zurechtfinden, sich geschädigt fühlen und das übel nehmen? Er hat sie über 20 Jahre lang fleißig um sich versammelt und sie zu seiner Basis gemacht. So ein geistiger Pöbel.*

Ich mag dieses Wort nicht, wenn es eine soziale Bedeutung bekommt. Der Pöbel existiert überall, auch unter Professoren. Keine soziale Gruppe oder Schicht ist immun gegen Ressentiments, Hass, Feindlichkeit, rücksichtslosen Kampf gegen andere. Das ist keine Frage des materiellen oder sozialen Zensus. Das ist ein übergreifendes Phänomen.

Das Anhängen von Etiketten bringt uns nichts. Sie selbst wollen die Polarisierung. Sie heben einen Graben aus, der tiefer ist als der zwischen den Anhängern der Nationaldemokratie und denen Piłsudskis vor dem Zweiten Weltkrieg. Wenn ich »wPolityce« oder »wSieci« lese, sehe ich den polnischen Taliban. Ich verstehe diese Autoren nicht, denn das sind intelligente Menschen, die häufig materiell sehr erfolgreich und keineswegs geschädigt sind. Dennoch haben sie einen solchen Hass auf die letzte Regierung und die ihr zugehörigen Menschen, kämpfen gegen die vermeintliche Pädagogik der Beschämung und für eine angemessenen Geschichtspolitik, wärmen Ressentiments und Feindlichkeit auf und wollen die Polen erziehen, indem sie die niedrigsten Leidenschaften ansprechen und weismachen wollen, dass die Nation eben genau so ist. Das ist für mich unerklärlich.

Aber man muss den ideologischen Taliban von der tiefen Enttäuschung der Bevölkerung über die letzte Machtelite und die vergangene Politik unterscheiden. Man muss die Einsamkeit und Schwäche der Menschen sehen, den Mangel an Lebensperspektiven und -alternativen, was viele Menschen veranlasst, ins Ausland arbeiten zu gehen. Die Menschen haben die *PO* als politische Macht ohne Verantwortungsbewusstsein wahrgenommen und wollen heute eindeutig eine starke Macht, die für sie Verantwortung übernimmt.

Mit einer einfachen Ideologie und Sozialtransfers lässt es sich einige Zeit regieren. Man kann die Menschen mit solchen Märchen [...] ernähren, dass die Polen edel waren und immer den Juden geholfen haben. Dass sie stolz und

würdevoll sind. Und wenn man noch 500 Zloty Kindergeld hinzufügt, dann wird jeder, der davon profitiert, darauf aufpassen, dass die nächste Mannschaft dies aufrechterhält. Und jede Regierung wird künftig eine Geisel von PiS sein.

*Und warum meinen Sie, dass die Regierung von PiS zur Niederlage verurteilt ist?*

Weil Kaczyński der Partei und Regierung freien Lauf lässt. Die Regierung hat keine Ministerpräsidentin. Sie hat einen Meta-Ministerpräsidenten, der scheinbar über alles entscheidet, aber die Minister regieren wie in unabhängigen Fürstentümern. [Entwicklungsminister – d. Red.] Morawiecki hat keine Kraft für sein Programm.

*Aber alle sind dahinter her, bei Kaczyński Gehör zu finden...*

Meiner Meinung nach kämpfen sie schon um das Erbe Kaczyńskis und arbeiten für sich und nicht für die Regierung. Zurzeit gewinnt [Justizminister – d. Red.] Ziobro, der immer stärker wird. [Ministerpräsidentin – d. Red.] Szydło reagiert nicht, wenn [Verteidigungsminister – d. Red.] Macierewicz den USA und Russland fast den Krieg erklärt oder [Außenminister – d. Red.] Waszczykowski die Europäische Union beleidigt. Jeder Minister redet und macht, was er will. Der stellvertretende Verteidigungsminister fliegt nach Washington, verbringt dort einen halben Tag und niemand will sich mit ihm treffen. Kaczyński unterstützt und beschließt quasi alles, aber er beherrscht nicht mehr alles. Es gibt keinen Ausweg, er muss Ministerpräsident werden und mit dem Fuß aufstampfen.

Die Situation wird dramatisch. PiS hat die Idee eines starken Staates, aber im Grunde führt sie seinen Zerfall herbei. Man kann nicht gegen die Lehrer, die Bergleute, die Pferde [PiS hat personelle Veränderungen in staatlichen Pferdezuchtbetrieben vorgenommen – d. Red.], den Białowieża Urwald [Nationalpark – d. Red.], die Wisente, die Ökologen, das Verfassungstribunal, die Liberalen, die Europäische Union, die USA und Russland gleichzeitig Krieg führen. Und zudem noch gegen die polnische Intelligenz. Niemand hat je gewonnen, wenn er einen Krieg gegen alle führte.

*Wie »man kann nicht«? Offenbar kann man. Das machen sie doch mit Ausdauer.*

Aber das ist absurd, ein Weg nirgendwohin. Kaczyński holt sich bei niemandem Rat. Der bewunderte Viktor Orbán zieht ihn über den Tisch. Was soll das sein, wenn ein Führer einer so großen stolzen Nation dem Führer eines kleinen Landes huldigt?

Vielleicht bin ich deshalb so gelassen, dass das alles zusammenbrechen muss. Sie haben die Macht übernommen, aber noch nicht die gesamte. Denn die reale macht liegt auch auf der Ebene der Selbstverwaltung – und die haben sie nicht.

*Aber sie machen alles, um diese zu übernehmen. Der Plan ist: ein neues Gesetz, eine neue administrative Aufteilung, neue Wahlen, die Übernahme der Finanzen der Selbstverwaltungen.*

Aber das wird ihnen nicht gelingen. Sie werden es nicht schaffen, Breslau, Danzig oder Warschau zu übernehmen, und hier wird die Zukunft Polens spielen. Die Parteien sind sehr klein, sie haben jeweils einige Tausend Mitglieder. Das Personal reicht nicht aus. Es ist leichter zu sagen, dass man den Staat verändern müsse, als es zu tun. Ein Staat ist ein sehr ausdifferenzierter Organismus. Es gibt auch finanzielle Regularien in der Wirtschaft, über die man nicht hinausgehen kann. Man braucht kompetente Leute, die etwas können.

PiS hat eine Taktik, aber keine politische und staatliche Strategie. PiS lebt davon, was die PO in der Wirtschaft erreicht hat, hat aber selbst bisher noch nichts Sinnvolles gemacht. Der Angriff auf das Verfassungstribunal provoziert ein rechtliches und organisatorisches Chaos und die Folgen der Fehler unfähiger und inkompetenter Beamter sind nicht absehbar. Jede Verrücktheit muss an die Grenzen des gesunden Menschenverstandes und der Wirklichkeit stoßen.

*Meinen Sie nicht, dass Kaczyński seine Anhänger so tief in den eigenen Krieg hineingezogen hat, dass sie sich nicht mehr zurückziehen können? Alle haben sich schmutzig gemacht und sind »Mittäter des Verbrechens«.*

Es gibt Menschen, die sich nicht für ihn erschlagen lassen, weil sie noch Kompetenzen oder Anstand haben. Dass irgendein Minister kompromittiert ist, bedeutet nicht, dass jeder seiner Direktoren und Untergebenen genauso ist.

Auch wenn sich PiS so verhält, als wären es nur noch fünf Minuten bis zum Austritt aus der Europäischen Union, kann ich mir nicht vorstellen, dass sie das wirklich will.

*Vielleicht reicht unsere Phantasie nicht aus? Gerade ist eine parlamentarische Gruppe aus PiS und Kukiz '15 gebildet worden, die die Verluste bewerten soll, die wir infolge der Mitgliedschaft in der EU tragen.*

Polen kann außerhalb der Europäischen Union nicht existieren. Diese Gruppe ist ein Element des Propagandaspiels, nichts weiter.

*Kaczyński wird in der Angelegenheit des Verfassungstribunals einen Rückzieher machen?*

Wenn die USA Druck ausüben, wird er keinen anderen Ausweg haben. Er hat einen Fehler gemacht, als er von vornherein sagte, dass das Verfassungstribunal ein Hindernis für Veränderungen ist. Er hätte dem Tribunal gestatten sollen, tätig zu sein, und seine Reformen durchführen sollen. Wenn dann das Verfassungstribunal etwas blockiert hätte, hätte das vielleicht viele davon überzeugt, dass er Recht hat. Aber so hat niemand mehr für die Stärkung des Prestige des Verfassungstribunals getan als PiS. Fast alle in Polen sprechen heute mit der Sprache der verfassungsrechtlichen Ordnung! Das ist außergewöhnlich.

*Aber vielleicht können sie keinen Rückzieher machen, weil sie bereits die Schwelle zur Straftat überschritten haben und manchen das Staatstribunal droht?*

Wenn PiS versucht, mit [dem ehemaligen Ministerpräsidenten –d. Red.] Tusk irgendetwas abzurechnen, dann ist sich auch [Präsident –d. Red.] Duda des Staatstribunals sicher. Er hat als Präsident zwar abgedankt, aber er kann immer noch widerrufen und die Richter vereidigen, und die Regierung kann das Urteil des Verfassungstribunals veröffentlichen. Das ist der einzige Weg. Schließlich werden sie in zwei Jahren sowieso eine Menge Stimmen im Verfassungsgericht haben.

Ihre Regierung ist absurd, ich verwende ganz bewusst dieses Wort.

*Die Polen wollen das Absurde.*

Zum ersten Mal habe ich verstanden, was es bedeutet, ein Pole zu sein, als ich Abgeordneter war. Vorher hatte ich in Ghettos gelebt, im studentischen, im akademischen, im Ghetto der Intelligenz. Im Sejm war in allen Fraktionen Polen. Das unterschied sich nicht so sehr vom PiS-Polen.

Die PO war nicht im Stande, die eingetragenen Partnerschaften zu unterstützen. Sie stärkte nicht die Trennung von Kirche und Staat. Janusz Palikot verteidigte diese Werte, doch er verdrehte und instrumentalisierte sie. Die gesellschaftliche und politische Repräsentation der liberalen Weltanschauung und der Weltanschauung der Intelligenz ist immer noch schwach, wenn auch laut und deutlich. Vielleicht markiert gerade der Streit um einen weit gefassten Liberalismus und nationalen Kollektivismus heute den ideellen Rahmen unseres Konfliktes.

*Dann weiß ich nicht, ob Sie Optimist sind oder das Gegenteil.*

Wahrscheinlich habe ich mich satt gesehen. Ich habe gesehen, wie die größten Sterne der Politik und der Medien aufgestiegen und gesunken sind. Ich habe den Zusammenbruch des Sozialismus gesehen. Für ein besseres Selbstwertgefühl sind manchmal Distanz und Realitätssinn notwendig.

*Quelle: Kaczyńskiego droga donikąd. In: Gazeta Wyborcza, Magazyn Świąteczny, 26.–28.03.2016. S. 24f., mit freundlicher Genehmigung*

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

*Über den Autor*

Paweł Śpiewak, Soziologe und Ideenhistoriker, ist Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau und Professor am Institut für Soziologie der Universität Warschau. Zahlreiche Veröffentlichungen zur allgemeinen Soziologie, Soziologie der Politik, Politischen und Sozialphilosophie, Theorie der Politik (insbesondere liberales und konservatives Denken) und zu judaistischen Themen. Herausgeber des Bandes »Anti-Totalitarismus. Eine polnische Debatte« in der Reihe »Denken und Wissen. Eine Polnische Bibliothek«, Frankfurt/Main, 2003, herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut. Ständiger Mitarbeiter der katholischen Wochenzeitung »Tygodnik Powszechny«, Träger des Józef Tischner-Preises (2013).

## 15. März 2016 – 4. April 2016

15.03.2016	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Rahmen des zweitägigen Besuchs von Präsident Andrzej Duda in Prag sagt der Präsident der Tschechischen Republik, Miloš Zeman, dass die nach freien Wahlen gebildete polnische Regierung die volle Handlungsberechtigung hat und sich nicht von den moralisierenden Einwänden oder der Kritik seitens der Europäischen Union beherrschen lassen sollte. Die EU sollte sich dagegen mit der Sicherung der EU-Außengrenzen vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise befassen. Duda dankt Zeman für die deutliche Stellungnahme, dass jedes Land seine Angelegenheiten souverän lösen können sollte, ohne die Anhörung von Belehrungen von Seiten europäischer Institutionen oder anderer Staaten.
16.03.2016	Medienberichten zufolge haben Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Litauen, Lettland, Estland sowie nach unbestätigten Angaben Kroatien einen Brief an den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, gerichtet, in dem sie Beschwerde gegen den Bau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 zwischen Russland und Deutschland einlegen. Das Projekt könne die Energiesicherheit in Ostmitteleuropa bedrohen. Diese Staaten sind von russischen Gaslieferungen besonders abhängig. Zurzeit wird geprüft, ob das Vorhaben mit EU-Recht vereinbar ist. Polen vertritt die Meinung, dass es sich um ein politisches und nicht um ein wirtschaftliches Projekt handelt.
17.03.2016	Der Präsident des Europäischen Rates und ehemalige Ministerpräsident Polens, Donald Tusk, ruft die Regierung Polens auf, sich der Empfehlungen der »Venedig Kommission« (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) anzunehmen, um eine konstruktive Lösung der Verfassungskrise in Polen zu finden.
18.03.2016	Ministerpräsidentin Beata Szydło zeigt sich nach dem EU-Türkei-Gipfel zur europäischen Flüchtlingskrise zufrieden mit den Verhandlungsergebnissen. Der Grundsatz der Freiwilligkeit bei der Aufnahme von Flüchtlingen sei beibehalten worden. Die beschlossenen Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Immigration in die Europäische Union würden der Politik Polens entsprechen, dass das Migrationsproblem außerhalb der EU gelöst werden müsse.
19.03.2016	Der Vorsitzende der Oppositionspartei Die Moderne (Nowoczesna), Ryszard Petru, eröffnet in Krakau die erste Veranstaltung einer Bürgeranhörung unter dem Motto »Sprechen wir über ein besseres Polen«. Ziel sei es, mit den Teilnehmern über die schlechte politische Entwicklung seit der Regierungsübernahme von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sowie über Verbesserungen zu sprechen, so Petru. Auch in Breslau, Katowitz, Danzig, Posen, Lodz und Warschau sind Treffen mit Bürgern geplant.
21.03.2016	Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro beruft ein neues Untersuchungskomitee zur Aufklärung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) ein. Unter der Leitung des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Marek Pasionek gehören ihm acht Staatsanwälte an.
22.03.2016	Während seines zweitägigen Besuchs in Belarus unterstreicht Außenminister Witold Waszczykowski die Bedeutung des guten Willens und der Hilfe von Seiten Belarus und der dortigen Archive bei der Untersuchung von Einzelheiten des Massakers von Katyn, das der sowjetische Geheimdienst an Angehörigen der polnischen Armee und anderer uniformierter Dienstes im Jahr 1940 verübt hat.
23.03.2016	Außenminister Witold Waszczykowski trifft sich in Minsk (Belarus) mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko. Thematisiert werden die eventuelle Einführung eines Kleinen Grenzverkehrs zwischen beiden Ländern sowie ein gemeinsames Handeln im russisch-ukrainischen Konflikt.
23.03.2016	Vor dem Hintergrund der islamistischen terroristischen Anschläge am Vortag in Belgien unterstreicht Innenminister Mariusz Błaszczak, dass Polen nicht solche Probleme wie westeuropäische Staaten habe. In Polen gebe es keine Stadtteile, in die die Polizei nicht hineingelassen würde und nicht das geltende Recht Beachtung fände. Polen dürfe die Fehler Westeuropas nicht begehen und müsse entschieden auf weitere Flüchtlingswellen reagieren. Wichtig sei die Schließung der EU-Außengrenzen, daran seien auch polnische Grenzbeamte beteiligt.
23.03.2016	Ministerpräsidentin Beata Szydło sagt dem Fernsehsender »Superstacja«, dass sie nach den Terroranschlägen in Brüssel am Vortag keine Möglichkeit sieht, Flüchtlinge in Polen aufzunehmen. Die Vorgängerregierung von Ewa Kopacz hatte die Aufnahme von 7.500 Flüchtlingen zugesagt, in diesem Jahr sollten 400 Personen kommen.
24.03.2016	Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), ruft die Parteien in Polen dazu auf, angesichts der außergewöhnlichen und ersten Lage in Europa von heftigen politischen Auseinandersetzungen bis zum Besuch von Papst Franziskus Ende Juli zum Weltjugendtag in Polen abzusehen und Streit nicht nach außen zu tragen.
25.03.2016	In einem Interview mit der »Washington Post« spricht sich Präsident Andrzej Duda für eine stärkere Präsenz der NATO in Ostmitteleuropa aus. Es müsse deutlich werden, dass es sich nicht lohne, ein NATO-Mitgliedsland anzugreifen. Er plädiert für einen deutlichen Anstieg der Anwesenheit US-amerikanischer Soldaten in Polen.

29.03.2016	Krzysztof Terlecki, Fraktionschef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), teilt mit, dass PiS als Kandidaten für die turnusgemäße Wahl eines neuen Verfassungsrichters Prof. Zbigniew Jędrzejewski aufstellt. Die Richter des Verfassungstribunals werden vom Sejm gewählt. Die Oppositionsparteien stellen aus Protest gegen die Reform des Verfassungstribunals durch PiS keine Kandidaten auf.
30.03.2016	Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Sławomir Neumann, kritisiert auf einer Pressekonferenz, dass Sejmmarschall Marek Kuchciński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) die Bewegungsfreiheit der Pressevertreter im Sejm beschränken wolle. Das Argument der Sicherheit dürfe nicht als Vorwand dafür gelten, der Opposition den Zugang zu den Vertretern der unabhängigen Medien zu erschweren und die Abgeordneten der Regierungskoalition vor unbequemen Fragen zu schützen.
31.03.2016	Am Rande der Eröffnung des Gipfels zur Nuklearsicherheit in Washington führen der US-amerikanische Präsidenten Barack Obama und Präsident Andrzej Duda ein kurzes Gespräch über die Vorbereitungen des NATO-Gipfels im Juli in Warschau und über den innenpolitischen Streit um das Verfassungstribunal in Polen.
01.04.2016	Der Sejm fasst mit 267 Stimmen bei 158 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen einen Beschluss zur Immigrationspolitik. Darin wendet er sich »entschieden« gegen die Versuche, im Rahmen der EU Aufnahmequoten für Flüchtlinge und Immigranten festzulegen. Die Flüchtlings- und Immigrationspolitik müsse in nationaler Hand liegen. Des Weiteren wird die Bereitschaft zu finanzieller und humanitärer Hilfe in den Herkunftsländern und ihren Nachbarländern erklärt.
03.04.2016	Der polnische Episkopat lässt in den Messen einen Appell zu einem vollständigen Abtreibungsverbot verlesen. Zurzeit sind Schwangerschaftsabbrüche nach einer Vergewaltigung, bei Missbildungen des Fötus oder bei Lebensgefahr für die Mutter erlaubt. In mehreren polnischen Städten kommt es zu Protesten gegen ein vollständiges Abtreibungsverbot. Zuvor hatte Ministerpräsidentin Beata Szydło angekündigt, eine Debatte über eine noch in Vorbereitung befindliche Bürger-Gesetzesinitiative zu einem verschärften Abtreibungsrecht im Sejm führen zu wollen und sich persönlich für ein Totalverbot des Schwangerschaftsabbruchs ausgesprochen.
04.04.2016	Der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, trifft sich in Warschau mit Sejmmarschall Marek Kuchciński. Thematisiert werden die Reformen des Verfassungstribunals und der öffentlichen Medien, die im In- und Ausland heftige Reaktionen ausgelöst haben. In der vergangenen Woche fand das erste Treffen der von Kuchciński einberufenen Expertengruppe statt, die den Konflikt um das Verfassungsgericht und die Empfehlungen der »Venedig-Kommission« (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) beraten soll.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. [www.isp.org.pl](http://www.isp.org.pl)

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2016 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

D-64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)